

- es gilt das gesprochene Wort! -

Haushaltsrede 30.05.2007

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf 2007 ist entstanden vor dem Hintergrund der absolut notwendigen Haushaltskonsolidierung. In 24 Ausschusssitzungen, davon allein sieben des Finanzausschusses wurden seit Februar dieses Jahres die Vorlagen der Verwaltung diskutiert, geprüft und gegebenenfalls korrigiert.

Wenn wir 2006 feststellen mussten, dass der Haushalt bei den Einnahmen auf 451,4 Mio. Euro zurück ging und durch die Ausgaben in Höhe von 507,8 Mio. Euro ein Fehlbedarf von 56,4 Mio. Euro entstand, können wir heute beim Haushalt 2007 erste, kleine Erfolge bei der Konsolidierung sehen:

Einnahmen in Höhe von 489.742.200 Euro und

Ausgaben in Höhe von 528.063.600 Euro

haben den Fehlbedarf auf 38.321.400 Euro sinken lassen.

Belastend sind natürlich aber die Altfehlbeträge von 2002 - 2006 in Höhe von 262.395.400 Euro, jetzt ca. 61,4 % des Verwaltungshaushaltes.

Meine Damen und Herren, auch unter diesem Gesichtspunkt wäre die Errichtung eines Altlastenfonds bedenkenswert, über dessen zeitliche Streckung z. B. bis 2020 eine erhebliche Entlastung für den jährlich zu erbringenden Konsolidierungsbetrag entstehen würde.

Meine Damen und Herren, über die Tatsache, dass wir sowohl bei der Erarbeitung des Haushaltes 2007 als auch dann in der disziplinierten Erfüllung des Haushaltes vieles auf den Prüfstand stellen mussten und müssen, besteht wohl Einigkeit bei allen Fraktionen, Stadträtinnen und Stadträten. Wir können heute nicht Minimierungen beschließen, dann aber egal aus welcher Motivation Zuwächse bei Ausgaben zulassen.

Wir wollen mit diesem Haushalt das notwendige Konsolidierungskonzept weiter tragen, wir wollen eine Stadt, die sich selbst verwaltet und damit auch für alle Bürger, Vereine, Verbände und betreffende Institutionen die notwendige Sicherheit bietet, Zuwendungen im Rahmen der freiwilligen Leistungen zu erhalten.

Ich denke, die kurzzeitige Ansage und Einbehaltung solcher Leistungen auf Grund eines nicht genehmigten Haushaltes im 1. Quartal dieses Jahres hat sehr deutlich gemacht, was an Lebensqualität und natürlich auch an Arbeitsplätzen von diesen Zuwendungen abhängt. Durch den engagierten Einsatz von Landes- und besonders unserer Kommunalpolitiker wie der vormaligen und der jetzigen Oberbürgermeisterinnen ist auch die Kommunalaufsicht, das heißt das Landesverwaltungsamt sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, dass Haushaltskonsolidierung nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Aufgabe ist.

In diesem Kontext möchte ich im Namen der SPD-Fraktion klarstellen:

Dem Druck von außen, unser „Tafelsilber“ wie Wohnungsgesellschaften und städtische Unternehmen und Betriebe, die wir für die Daseinsfürsorge benötigen, in Gänze zu verkaufen, werden wir nicht nachgeben, über Anteile kann und muss man verantwortungsbewusst reden mit seriösen Partnern, die sich längerfristig in der Stadt engagieren und den notwendigen, abgestimmten Gestaltungsspielraum der Stadt in der Wohnungswirtschaft und dem Stadtumbau nicht einschränken. Ich bin sicher, ein „Dresdner Modell“ wird es nicht geben und deshalb unterstützt die SPD-Fraktion z. B. die Aktivitäten zur Erstellung eines Ertragswertgutachtens für unsere kommunalen Wohnungsgesellschaften.

Die Wohnungsgesellschaften und die Stadtwerke sind wesentliche Stützen unseres Konsolidierungsprogramms. Deshalb war es für uns nicht nachvollziehbar, dass durch das 2. Investitionserleichterungsgesetz die kommunalen Unternehmen in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten und im territorialen Aktionsradius stark behindert wurden.

Die sog. „Waffengleichheit“ der Wettbewerber wurde zu Lasten der kommunalen Betriebe eliminiert. Das ist wirklich paradox, wenn man, d. h. die Landesregierung, es ernst meint mit der Unterstützung der Kommunen im Prozess der Haushaltskonsolidierung und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir verfolgen deshalb mit größter Aufmerksamkeit die aktuellen Aktivitäten in Landesparlament und Regierung, die eine Änderung des § 116 der Gemeindeordnung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit bzw. des Örtlichkeitsprinzips beinhaltet.

Meine Damen und Herren, die Stadt Halle ist auch in Sachen Haushalt keine Insel.

Als Oberzentrum nimmt sie - wie Sie alle wissen - eine Vielzahl von Aufgaben und Funktionen für das Umland wahr. Aber speziell das Land Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren es - ich sage es bewusst - unterlassen eine

Gemeindegebietsreform zur Stärkung der Region durch Vergrößerung der kreisfreien Städte durchzuführen.

Ein Blick nach Sachsen oder Thüringen macht deutlich, dass eine frühzeitig durchgeführte Gebietsreform vergleichbare Städte wie Erfurt oder Chemnitz in eine wesentlich komfortablere, wirtschaftlich starke Position natürlich auch zu Gunsten der Entwicklung des Umlandes gebracht haben.

Nur wenige Zahlen: Gewerbesteuereinnahmen

2005: Halle (233 TE)	32 Mio. Euro
Erfurt (201 TE)	56 Mio. Euro
Chemnitz (243 TE)	77,7 Mio. Euro

Grundsteuern A+B

Halle	21 Mio. Euro
Erfurt	21 Mio. Euro
Chemnitz	29 Mio. Euro

Wobei anzumerken ist, dass Chemnitz 2004 noch bei 45,9 Mio. Euro Gewerbesteuern lag. Ich möchte keine Milchmädchenrechnung aufmachen mit wenn und aber: aber eine Gebietsreform wie z. B. in Sachsen 1994 würde uns sicher heute andere finanzielle Probleme beraten lassen als heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte, die Stadt muss ihre Gestaltungsspielräume behalten bzw. wieder ausbauen können. Dazu braucht sie den Bund, das Land und natürlich unsere Mitwirkung als Stadträte.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Dank aussprechen an die Mitarbeiter der Kämmerei bzw. des Fachbereiches Finanzen, die die Kernarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltes geleistet haben. In - ich erwähnte es eingangs und jetzt betont zum Schluss – 24 Ausschusssitzungen haben sie Rede und Antwort gestanden, Vorschläge und gefasste Beschlüsse aufgenommen und eingearbeitet.

Ich denke, Ablehnung und Enthaltung würde dieser gemeinsamen Arbeit von Rat und Verwaltung nicht hilfreich sein.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2007 zustimmen, einem Haushalt der mit seiner Bestätigung die Voraussetzung für den sicher auch weiterhin schwierigen Weg der wirtschaftlichen, bürgernahen Entwicklung unserer lebenswerten Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.